

## A4 Grundsatzprogramm

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2024

Tagesordnungspunkt: 9 Satzungs - und Ordnungsändernde Anträge

## Antragstext

1 Wir kämpfen für eine bessere Gesellschaft

2  
3 Als Campusgrün-Bundesverband blicken wir zurück auf über 20 Jahre Einsatz und  
4 Aktivismus für grün-alternative Politik an den Hochschulen, Universitäten und  
5 darüber hinaus!

6  
7 In der Präambel unserer Satzung legen wir uns darauf fest, für die  
8 Verwirklichung einer Gesellschaft einzutreten, "in der soziale Gerechtigkeit  
9 herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand  
10 diskriminiert wird". In unserem Grundsatzprogramm wollen wir nun skizzieren, wie  
11 wir uns eine solidarische, feministische, ökologische, gewaltfreie und  
12 emanzipatorische Hochschullandschaft vorstellen.  
13 Die Stärke unserer lokalen Mitgliedsgruppen ist es, Probleme zu erkennen und  
14 konkrete Ideen für die Verbesserung der Umwelt zu erarbeiten. Grüne  
15 Hochschulgruppen leisten außerdem wichtige Bildungsarbeit, bilden Bündnisse und  
16 prägen den feministischen, antifaschistischen und klimagerechten Diskurs.

17  
18 Als grüne Studierende im Campusgrün-Bundesverband verstehen wir uns nicht nur  
19 als studentischen Verband, sondern als politisches Subjekt. Zusammen haben wir  
20 den Anspruch, die Gesellschaft von den Hochschulen aus, in Bündnissen oder mit  
21 Kooperationspartner\*innen zu gestalten, bestehende Strukturen zu hinterfragen  
22 und Vorschläge für ein Gesellschaftssystem jenseits des Kapitalismus zu  
23 erarbeiten.

24 Wir leben Demokratie! Von der kleinsten lokalen Ebene bis zum bundeweit  
25 vernetzten Verband leben wir diese nicht nur vor; wir fordern sie jeden Tag aufs  
26 Neue ein. Wir sehen in Hochschulen und Universitäten wichtige Bausteine für eine  
27 freie und solidarische Gesellschaft. Deshalb müssen auch die Hochschulen und  
28 Universitäten Freiheit und Solidarität vorleben.

29  
30 Als Studierende sehen wir uns nicht als Konsument\*innen eines  
31 Ausbildungsprogramm für Kapital und Markt, sondern als Wissenschaftssubjekte,  
32 die aktiv an Wissenschaft teilhaben, die Wissenschaft und den  
33 Wissenschaftsbetrieb kritisieren, proaktiv verbessern und dabei einen  
34 unabdingbar wichtigen Anteil leisten. Gerade als feministischer Verband arbeiten  
35 wir an einer Neuorganisation der Hochschulstruktur und Hochschuldemokratie.

36  
37 Partizipative Demokratie

38  
39 Immer wieder ist die Hochschuldemokratie Spielball gesellschaftlicher Konflikte.  
40 Im Nationalsozialismus wurden die jungen Studierendenschaften zur Speerspitze  
41 des Faschismus und nahmen zahlreich an Bücherverbrennungen teil. Als Studierende  
42 tragen wir die Verantwortung, dass sich so etwas nie wieder wiederholt.

43  
44 In den 1968ern wurden Studierendenbewegungen zum zentralen Ort  
45 gesellschaftlicher Debatte und Veränderung. An vielen Hochschulen wurde so  
46 endlich echte Partizipation von Studierenden möglich. Die Gruppenuniversität, in  
47 der wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und Studierende zumindest ein Stück weit  
48 einbezogen werden, ist ein Meilenstein im Kampf für eine demokratisierte  
49 Gesellschaft. In vielen Bundesländern wurde dies nie vollständig verwirklicht,

50 so hat Bayern nach wie vor keine verfassten Studierendenschaften.

51

52 Mit steigendem Ökonomisierungsdruck steht die Hochschuldemokratie wieder  
53 verstärkt auf dem Spiel. Hochschulräte gewinnen an Bedeutung gegenüber dem  
54 akademischen Senat, Bologna nimmt den Studierenden die Möglichkeit die  
55 theoretischen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, ohne ihr Studium zu  
56 gefährden.

57 Daher fordern wir unter anderem, dass an jeder Hochschule alle Gruppen - von den  
58 Studierenden über den Mittelbau und die Mitarbeitenden in Technik & Verwaltung  
59 bis hin zur Ebene der Hochschullehrer\*innen - in den Entscheidungsgremien an  
60 jeder Hochschule paritätisch vertreten sind.

61 Doch unser Engagement endet nicht bei der Univeristät. Wir setzen uns auch über  
62 die Grenzen der Universität hinaus für einen echten sozialen Wandel in der  
63 Gesellschaft ein.

64

65 Wir betrachten die zunehmenden Eskalationen politischer Konflikte an Hochschulen  
66 mit Sorge. Beim Umfang mit diesen Konflikten können allerdings neue repressivere  
67 Hochschulgesetze keine Antwort sein. Hochschulen müssen ein Ort demokratisch  
68 vielfältiger Debatten bleiben.

69

70

71 Ein zentrales Anliegen von uns ist, dass es flächendeckend verfasste  
72 Studierendenschaften gibt, in denen Studierende eigenständig und demokratisch  
73 über ihre Anliegen entscheiden. Dazu braucht es studentische Landes- und  
74 Bundesverbände. Der freie Zusammenschluss von Student\*innenschaften (fzs e.V.)  
75 spielt als Kooperationspartner\*in und als bundesweiter Verband eine unabdingbare  
76 Rolle. Um unsere Interessen vertreten zu können, stehen wir dafür ein, dass  
77 Studierendenschaften ihr politisches Mandat aktiv ausüben können.

78

79 Ökologische Gerechtigkeit

80

81 Aufbruch aus der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik – hinein in  
82 den nachhaltig klimagerechten und gemeinwohlorientierten Hochschulraum!

83

84 Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut ökologische  
85 Gerechtigkeit darauf auf, den Menschen als Bestandteil der Natur und nicht als  
86 losgelöst von dieser aufzufassen. Diese wechselseitige Beziehung gilt es  
87 grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit anderen Lebensformen zu  
88 gestalten. Das muss im Konflikt mit dem Kapital durchgesetzt werden, denn dieses  
89 reduziert die Natur seit jeher zu einer ausbeutbaren Ressource und führt zur  
90 Zerstörung unseres Planeten. Gegen diese Zerstörung müssen wir die Erde und die  
91 Natur endlich schützen. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine  
92 ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer  
93 gesunden, lebenswerten Mitwelt.

94 Campusgrün als Zusammenschluss zahlreicher grün-alternativer Hochschullisten  
95 erkennt die Notwendigkeit von Veränderungen in ihrer Dringlichkeit an und sieht  
96 sich als einen Bestandteil von vielen Akteur\*innen der Nachhaltigkeits-,  
97 Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Dabei wollen wir sowohl die  
98 Hochschulen als auch die Studierendenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die  
99 Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns  
100 der Verantwortung, die Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Die radikal-

101 ökologischen Positionen in den Studierendenschaften und den grün-alternativen  
102 Hochschulgruppen sollen umgesetzt und von dort aus in den Diskurs getragen  
103 werden. Außerdem kämpfen wir für eine von der breiten Gesellschaft getragene,  
104 ökologische und sozial gerechte Ökonomie die frei von Ausbeutungsverhältnissen,  
105 undemokratischen Machtverhältnissen und Ausgrenzung ist und das Zusammenleben in  
106 einer solidarischen Gemeinschaft ermöglicht.

107 Der Aufbruch aus dem kurzsichtigen, Gewinn orientierten, Ungleichheit  
108 schaffenden und Ressourcen verbrennenden Zeitalter des Kapitals muss in den  
109 Arbeitsstrukturen, den landes- und bundespolitischen Programmatiken der  
110 Studierendenschaften sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den  
111 Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden.  
112 Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig ausgestaltete und ökologisch  
113 ausfinanzierte Hochschulen und Studierendenwerke. Diese müssen in der  
114 Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und  
115 Forschungsinstrumentenpark sozial gerecht und klimaneutral betrieben werden. Der  
116 motorisierte Individualverkehr soll durch einen flächendeckenden, kostenfreien  
117 ÖPNV, Sharing-Konzepte und einen Ausbau der Radinfrastruktur ersetzt werden. Das  
118 Ernährungsangebot sollte regional, saisonal und fair hergestellt sein und  
119 genügend Möglichkeiten für eine vegane oder vegetarische Ernährung bieten.

120  
121 Die Energie- und Verkehrswende muss partizipativ für alle sein und transparent  
122 dokumentiert werden. Dem Mangel an problembewussten Verhalten soll durch die  
123 Förderung pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier  
124 Forschung und dem Aufzeigen von Alternativen in interdisziplinärer Lehre in  
125 allen Studiengängen entgegengewirkt werden.

126  
127 Zu unserer Vision gehört die offene Bildung für eine klimagerechte Zukunft. Hier  
128 muss insbesondere ein kritischer Fokus gelegt werden auf Scheinlösungen durch  
129 technischen Fortschritt, das Propagieren einer sogenannten green economy und  
130 Entwicklungsdiskurse, bei denen bestehende Abhängigkeitsverhältnisse verstetigt  
131 und neue Abhängigkeitsverhältnisse etabliert werden. Die gesellschaftliche  
132 Vermittlung wird basisdemokratisch organisiert, dabei werden alle  
133 hochschulpolitischen Institutionen zur Einhaltung und Umsetzung verpflichtet.  
134 Die Wirtschaftsdemokratisierung wird wissenschaftlich vorbereitet und gegen  
135 Konzerninteressen eingefordert. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt  
136 durch einen flächendeckenden, kostenfreien ÖPNV und einen Ausbau der  
137 Radinfrastruktur, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.

138  
139 Solidarität und Bildung ohne ökonomische Zwänge  
140 Inklusiv, sozial und antikapitalistisch:

141  
142 Campusgrün stellt sich konsequent gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von  
143 Studierenden. Wir widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen,  
144 der in Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems,  
145 soziale und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt.  
146 Gute Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen  
147 Herrschaftshierarchien, den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation  
148 strukturell unterstützen und stärken - auch für das Leben nach dem Studium.  
149 Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär  
150 privilegierte sein und muss allen barrierefrei, mindestens aber barrierearm  
151 zugänglich sein. Für ein inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen

152 Bedingungen gesichert sein.

153 Deshalb fordern wir:

154 Der Hochschulraum muss der Digitalisierung weiterhin die Türen offen halten. So  
155 wie während der Corona-Pandemie auch, muss die Möglichkeit bestehen, digital an  
156 Universitätsveranstaltungen - sei es an der Lehre oder an Gremienarbeit -  
157 teilnehmen zu können und entsprechende technische Voraussetzungen geschaffen  
158 werden, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und über die  
159 Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den individuellen  
160 Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen Kooperation untereinander  
161 oftmals im Weg steht.

162 Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab. Auch  
163 die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten,  
164 dynamisch und ausreichend finanzierten Vollzuschuss für alle Studierenden, der  
165 nicht zurückgezahlt werden muss und über die Regelstudienzeit hinaus geht leiten  
166 wir daraus ab. Für alle Beschäftigten an den Hochschulen fordern wir gerechte  
167 Arbeitsbedingungen. Für Studierende bedeutet das vor allem ein tariflich  
168 abgesicherter (Stunden-)Lohn, der die Studienfinanzierung ergänzen sollte oder  
169 andere Möglichkeiten der Studienfinanzierung gänzlich ersetzen könnte. Auch  
170 internationale Studierende sollten in Deutschland während des Studiums  
171 berufstätig sein dürfen.

172

173 Antifaschismus

174 Der rasante Anstieg von Antisemitismus, nicht zuletzt seit dem 7. Oktober 2023,  
175 sowie die weiterhin bestehende Verleugnung und Verharmlosung des Holocaust,  
176 ermahnen uns, dass "Nie wieder" nicht bloß eine leere Phrase bleiben darf,  
177 sondern dass auch Taten auf diese Worte folgen müssen. Wir stellen uns deshalb  
178 solidarisch an die Seite aller Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind.

179 Gleichzeitig stellen wir uns an die Seite der palästinensischen  
180 Zivilbevölkerung, die nicht nur unter dem Terror der Hamas, sondern auch unter  
181 den gezielten Angriffen Netanyahus auf den Gazastreifen leiden.  
182 Palästinenser\*innen und Menschen muslimischen Glaubens sehen sich mit steigendem  
183 antimuslimischen Rassismus konfrontiert. Wir stellen uns klar gegen jeden  
184 Antisemitismus und jeden Rassismus.

185 Nicht erst seit der Correctiv Recherche zur AfD, die im Januar 2024 erschienen  
186 ist, sind wir uns der wachsenden Gefahr durch die AfD bewusst. Schon zu ihrer  
187 Gründung vor 11 Jahren machte die AfD deutlich, dass sie Anti-EU eingestellt  
188 ist, und seitdem fällt sie zunehmend durch Menschenfeindlichkeit,  
189 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf. Und auch, dass die AfD an  
190 Anhängerschaft gewinnt, obwohl sie immer radikaler wird, ist nichts Neues für  
191 uns. Nicht zuletzt die populistische Hetze der AfD gegen die Regierung, ob  
192 während der Corona Pandemie oder gegen sämtliche Vorhaben der Ampel-Regierung,  
193 findet Zuspruch in vielen Teilen der Gesellschaft. Gerade die Corona-Pandemie  
194 hat erneut zu einem Erstarken der AfD geführt, denn die wissenschaftsfeindlichen  
195 Postulationen der AfD, die sich mit den Einstellungen der Querdenken-Bewegung  
196 stark gedeckt haben, haben es möglich gemacht, dass auch die anderen Ansichten  
197 der AfD bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen konnten und dort ohne sie  
198 groß zu hinterfragen angenommen wurden. Die Notwendigkeit einer Brandmauer gegen  
199 die AfD besteht nicht erst seit gestern, doch stellen wir immer häufiger fest,  
200 dass andere konservative Parteien, allen voran die CDU, ihre Probleme haben mit  
201 der Abgrenzung von der AfD. So ist die geschlossene Einheit von AfD und CDU gegen  
202 geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, die sich zuletzt im Genderverbot in

203 Bayern äußerte, ein Paradebeispiel dafür, dass unsere so hochgehaltene  
204 Brandmauer schwächelt. Unser Ideal einer Hochschule und Gesellschaft ohne  
205 Diskriminierung: In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation und der  
206 gesamten Gesellschaft darf kein Platz für Faschist\*innen, Rassist\*innen und  
207 Antisemit\*innen sein. Um solchen Kräften den Raum zu nehmen, müssen Hochschule  
208 und Studium nach dem Grundsatz der Gleichheit organisiert werden.  
209 Damit dieser Grundsatz gelebt werden kann, bedarf es aber struktureller  
210 Änderungen. Ganz grundlegend gehört dazu die finanzielle Absicherung  
211 Studierender durch flächendeckendes und elternunabhängiges BAföG und Wohngeld,  
212 die über der Armutsgrenze liegen und tatsächlich finanzielle Sicherheit  
213 schaffen. Außerdem müssen die Hochschulen für eine Lehre einstehen, die sich an  
214 den Grundsätzen der Gleichheit orientiert und frei von jeglicher Form der  
215 Diskriminierung ist. Studentenverbindungen und insbesondere Burschenschaften  
216 dürfen kein Platz an Universitäten haben und so weder in die Matrikel  
217 aufgenommen noch als Hochschulgruppen anerkannt werden.  
218 Das Hinnehmen von Ungleichheiten, ohne dagegen vorzugehen, bedeutet für uns, das  
219 Fortbestehen ebendieser zu gewährleisten. Deshalb setzten wir uns auch über die  
220 Hochschule hinaus gegen jede Art der Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung  
221 ein.

222

223 Die Rolle von Hochschulen und Forschung:  
224 Wissenschaft muss analysieren, wie rechte Einstellungen immer wieder in  
225 hegemoniale Positionen kommen. Hierfür muss der Grundsatz gelten: Wissenschaft  
226 ist sehr oft politisch, ob sie es will oder nicht. Ihre Wahrnehmung und  
227 Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines  
228 objektiven Ursprungs abliefern. Gesteht man sich das ein, muss das „objektiv  
229 Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und  
230 definiert werden.

231

232 Lehre muss in diesem Kontext so organisiert werden, dass die Beschäftigung mit  
233 Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Standard in der  
234 Ausbildung ist. Gerade die Tatsache, dass Hochschulen nicht nur in ihrem eigenen  
235 Wirkungskreis tätig sind, sondern als Triebfeder für gesellschaftlich  
236 progressive Entwicklungen die Gesellschaft verändern können, unterstreicht die  
237 Wichtigkeit dieser Forderung. Dazu gehören  
238 auch ein verstärkter Fokus auf Demokratiebildung und das Aufzeigen und  
239 Entkräften rechter und faschistischer Argumentationsstrukturen.

240

241 Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass die Aufgabe von  
242 antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit  
243 auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen  
244 verfasst sein müssen, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern“\* Wir  
245 setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte  
246 gesellschaftlicher und studentischer Bewegungen in umfassender Form gefördert  
247 wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.  
248 Dabei sollten die Hochschulen offen vorgehen und sich in der Öffentlichkeit klar  
249 von denjenigen distanzieren, die Forschung und Lehre offen zu diskreditieren  
250 versuchen.

251

252 \*(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

253

## 254 Internationalismus

255

256 Wir alle leben auf dem selben Planeten und dabei sollte es keinen Unterschied  
257 machen, auf welchem Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler  
258 Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler  
259 Kooperationen und Konflikte, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen  
260 Öffentlichkeit müssen wir die Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter uns  
261 lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und  
262 solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen  
263 einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mögen, das Erstarken von  
264 Isolation und Nationalismus löst die Probleme nicht, sondern lässt diese nur  
265 noch größer werden. Stattdessen sollten wir die Vielfalt und Vernetzung als  
266 Chance sehen, eine faire, freie und fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

267

268 Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt  
269 schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser  
270 Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches  
271 Studium müssen dazu beitragen, Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in  
272 Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und  
273 sich mit verschiedenen Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die  
274 Antwort auf Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist  
275 globale Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit:  
276 Mit Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Als  
277 CampusGrün setzen wir uns deshalb für die Verankerung einer Zivilklausel in  
278 sämtlichen Universitätsleitbildern und Hochschulgesetzen ein.  
279 Dabei ist uns nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten  
280 darf, ein europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt  
281 auszuweiten.

282 Allen Menschen soll die Mitgestaltung der Gesellschaft möglich sein. Das heißt,  
283 Menschen des globalen Südens, marginalisierte Gruppen und die ökonomisch  
284 Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Internationale  
285 Zusammenarbeit heißt, immer solidarisch zu sein!

286

287 Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale  
288 Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und den  
289 daraus resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort  
290 versuchen wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren  
291 Perspektiven und Ideen gemeinsam und basisdemokratisch und versuchen Räume zu  
292 schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache  
293 sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und  
294 treten ausschließenden Ideologien mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns  
295 für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und  
296 Anti-Kriegsarbeit, der (Post-)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität  
297 mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

298

## 299 Feminismus und Gender

300 Gemeinsam kämpfen wir immer und überall gegen das Patriarchat!

301

302 Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und  
303 agender Personen (FLINTA\* Personen) sind diejenigen, die am meisten vom  
304 Patriarchat betroffen sind, mehr noch dann, wenn sie mehrfachmarginalisiert

305 sind.  
306 FLINTA\* Personen sind am stärksten von der Klimakrise betroffen, insbesondere  
307 diejenigen aus dem Globalen Süden. Vor allem weiblich sozialisierte FLINTA\*  
308 Personen übernehmen den Großteil der Care-Arbeit. Dies geschieht auch deshalb,  
309 weil die Gesellschaft den Anspruch an Frauen und somit an alle weiblich  
310 sozialisierten Menschen stellt, sich um den Haushalt zu kümmern, unabhängig von  
311 ihrer Arbeitszeit und selbstverständlich auch unentlohnt. Zu Care-Arbeit zählt  
312 außerdem emotionale Kompetenz. In der Arbeitswelt sind FLINTA\* Personen nach wie  
313 vor benachteiligt gegenüber endo-cisgeschlechtlichen Männern - auch aufgrund der  
314 Care-Arbeit. Insbesondere queere Menschen erfahren häufig Diskriminierung am  
315 Arbeitsplatz, ob nun offene Homo- oder Transfeindlichkeit oder schlichtweg das  
316 Fehlen geschlechtsneutraler Toiletten, die insbesondere Intergeschlechtliche  
317 oder Nichtbinäre nutzen könnten. Darüber hinaus ist auch die Berufswelt behaftet  
318 von Geschlechterstereotypen. Diese zeigen sich sowohl in den Berufsbildern und  
319 ihrer geschlechtsspezifischen Zuordnung, als auch in der ungleichen Bezahlung und  
320 Wertschätzung von Berufen, aber auch an der unterschiedlichen Behandlung  
321 innerhalb des gleichen Berufsfeldes je nach Geschlecht. Die Gefahr von  
322 Diskriminierung und Gewalt droht auch an der Universität. Dies äußert sich nicht  
323 nur durch explizite Gewalt und Übergriffe, die vor allem aufgrund von  
324 Besitzansprüchen an als weiblich interpretierten Körpern und rape culture  
325 existieren, sondern auch durch unsichtbare Diskriminierung, wie beispielsweise  
326 am Arbeitsplatz.  
327 Der Schutz vor Übergriffen an der Universität ist oft nicht ausreichend gegeben  
328 und die Aufarbeitung von Übergriffen - sei es durch Machtmissbrauch oder durch  
329 mangelnde Sensibilität oder fehlende Stellen - gestaltet sich schwierig.  
330 Insgesamt steigt die Zahl sexistischer und queerfeindlicher Übergriffe massiv an  
331 und auch die Zahl der Femizide wird von Jahr zu Jahr höher. Aus diesem Grund  
332 stehen wir nach wie vor solidarisch hinter der #MeToo-Bewegung und sämtlichen  
333 Opfern sexualisierter, misogynen und queerfeindlicher Gewalt und  
334 Diskriminierung.  
335 Man sieht also: Die Prekarität von FLINTA\* Personen steigt massiv an und wirkt  
336 sich ebenfalls auf die Bildungslandschaft und die Universität aus.  
337 Doch es sind nicht nur FLINTA\* Personen von der Unterdrückung durch das  
338 Patriarchat betroffen. Endo-cisgeschlechtliche Männer werden durch das  
339 Patriarchat in die Rolle des starken, unemotionalen Mannes gezwungen und sehen  
340 sich tagtäglich mit toxischer Maskulinität konfrontiert. Dies hat insbesondere  
341 Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der endocisgeschlechtlichen Männer,  
342 da ihnen von kleinauf beigebracht wird, dass sie keine Gefühle oder Emotionen  
343 zeigen und bloß nicht als schwach wirken dürfen und sie somit bei  
344 gesundheitlichen Beschwerden häufig keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.  
345 Von toxischer Männlichkeit sind aber auch trans\* Männer, inter\* Männer,  
346 nichtbinäre Menschen, die als männlich interpretiert werden, schwule oder  
347 bisexuelle Männer und Männer, die sich eher "feminin" präsentieren, betroffen,  
348 insbesondere dadurch, dass sie sich mit den entsprechenden Rollenerwartungen,  
349 die an männliche Personen gestellt werden, konfrontiert sehen, und wenn sie  
350 diese nicht erfüllen, Gewalt und Diskriminierung erfahren.  
351 Was wir also sehen, ist dass Diskriminierung stets mit Weiblichkeit und/ oder  
352 der Abweichung von einer Norm zusammenhängt. Dem zugrunde liegt ein  
353 biologistisches, binäres und auf Stereotypen basierendes Verständnis von  
354 Geschlecht, dem wir entschieden widersprechen.

355



356 Verantwortungsvolle Wissenschaftspraxis

357 Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft

358

359 Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und das gute Leben für alle  
360 sorgen, kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft  
361 stehen. Dafür muss sie staatlichen wie wirtschaftlichen Einflüssen Widerstand  
362 leisten um das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.

363

364 Die zunehmende Wettbewerbsorientierung der Forschung anstelle von Management-  
365 ähnlichen Strukturen, die zum Abbau demokratischer Selbstverwaltung führen,  
366 sowie eine Verstetigung von Zugangshürden statt einer inklusiven Öffnung des  
367 Bildungssystem, führt in der Gesellschaft zum Gefühl des Käuflichen, und  
368 diskreditiert die Gesamtheit der Wissenschaft.

369

370 Wir erkennen an, dass wissenschaftliche Auseinandersetzung immer zugleich  
371 Produkt und Produzent\*in gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe ist. Themen aus  
372 dem öffentlichen Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre  
373 und umgekehrt. Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das  
374 Streiten in der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden.

375

376 Gegen die Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die  
377 Wissenschaft danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher  
378 Herausforderungen kommt, welche Auswirkungen sie haben und wie sie bewältigt  
379 werden können. Dabei definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig  
380 die Grenzen der wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein Sie mögen  
381 legal sein - aber in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft auf gar keinen  
382 Fall legitim! Aktuelle Herausforderungen wie die Klimakrise, Pandemien, der  
383 russische Angriffskrieg in der Ukraine, der immer weiter eskalierende Konflikt  
384 im Nahen Osten, Exklusionsmechanismen, Veränderungen der Arbeitswelt sowie  
385 soziale Spaltungen benötigen eine demokratische und reflektierte Wissenschaft,  
386 die sich den Normen einer demokratischen pluralen Gesellschaft sowie dem  
387 Gemeinwohl verpflichtet.

388

389 Die demokratische Pluralität muss sich in der demokratischen Mitbestimmung auf  
390 Hochschulebene niederschlagen. Die resultierenden politischen Diskurse sind  
391 ebenso notwendig wie die Autonomie von Hochschulen gegenüber übergeordneten  
392 politischen Organen. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit  
393 gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die  
394 finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin  
395 auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche  
396 Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-  
397 prekäre und allseitig inklusive Beschäftigungsverhältnisse.  
398 Wettbewerb um die Vergabe von Geldern kann und darf eine ausreichende  
399 Grundfinanzierung nicht ersetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass  
400 Wissenschaft und Gesellschaft in einem ständigen Dialog miteinander stehen. Es  
401 müssen gesellschaftliche Diskussionen über die Folgen von Technologien und neuen  
402 wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen  
403 Konsequenzen stattfinden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in allgemein  
404 verständliche Sprache übersetzt und in die Gesellschaft hineingetragen werden  
405 sowie für jede\*n frei zugänglich sein.

406

407 Wir stellen uns gegen ein Verständnis von Transfer, das die Third Mission allein  
408 auf den Technologietransfer und die (privat-) wirtschaftliche Ausnutzung der  
409 Erkenntnisse in Form des Gründens von Start Ups vorsieht. Für die regionale  
410 Akzeptanz von Hochschulen ist mehr als das Schaffen von Arbeitsplätzen und  
411 isoliertem Wissenschaftsbetrieb notwendig. Eine Verankerung wird nur erreicht  
412 mit offenen Begegnungsräumen, einem engen Kontakt mit den Menschen vor Ort und  
413 dem beschäftigen mit in der Region vorliegenden Problemlagen.  
414 Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt; an der Hochschule und  
415 darüber hinaus, mit friedlichen Mitteln und gewaltfreier Aktion. Wir glauben,  
416 dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht, Wege friedlicher  
417 Konfliktlösung und Möglichkeiten des gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen.  
418 Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische  
419 Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle  
420 staatlichen Hochschulen. Wissenschaftsbereiche wie Friedensforschung und  
421 Konfliktprävention sollen stärker gefördert werden.  
422 Hochschulen sollen auch jenseits ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein;  
423 Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das  
424 gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten  
425 sicher und wohl fühlen können. In unserer Vorstellung sind Hochschulen Orte der  
426 Verantwortung füreinander, anstelle von Orten der militärischen Verantwortung,  
427 welche die Profitsteigerung der Industrienationen zum Ziel hat. Wissenschaft und  
428 Forschung bedeutet, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und gesellschaftliche  
429 Verantwortung zu übernehmen; wider den Profitinteressen!

## Begründung

Unser altes Grundsatzprogramm ist von 2020. Seitdem hat sich sowohl (hochschul-)politisch, als auch gesamtgesellschaftlich einiges getan. Wir leben nach wie vor in einer Zeit multipler Krisen, die wir in unserem Grundsatzprogramm thematisieren wollten. Darüber hinaus wurden einige Änderungen vorgenommen, die eher redaktioneller Natur waren.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich